

Versuchen die Differenzen auszuräumen: **Richard Holbrooke** (l.) und der afghanische Präsident **Hamid Karzai**.

M. SADEQ/KEY

# Holbrooke in Afghanistan

Die USA stützen Präsident Karzai weiter und wollen ihre **Strategie ändern**

*Der US-Sondergesandte für Afghanistan und Pakistan, Richard Holbrooke, ist am Samstag in Kabul eingetroffen. Anders als in Pakistan, der ersten Station seiner Antrittsvisite in der Region, trat er zum Abschluss des Besuchs in Afghanistan vor die Presse.*

BARBARA ENGEL

Er sei gekommen, um zu erfahren, welches die Sicht der Afghanen auf die Dinge sei, sagte Holbrooke bei seinem Auftritt vor den Medien. Nach der Ankunft in Kabul hatte er sich zuerst mit ausländischen und afghanischen Militärs getroffen und auch Vertretern von Hilfswerken und internationalen Organisationen zu Gesprächen geladen. Erst danach stand das Treffen mit Präsident Hamid Karzai auf dem Programm.

Holbrooke überbrachte Karzai dann jedoch eine ermutigende Nachricht: Afghanistan soll bei der Überprüfung der amerikanischen Strategie im Kampf gegen den Terror in der Region in die Konsultationen einbezogen werden. Präsident Karzai reagierte sichtlich erleichtert.

«Ich bin dankbar, dass Mister Obama meinen Vorschlag angenommen hat», sagte er. Die Missstimmung zwischen den USA und dem afghanischen Präsidenten war in letzter Zeit immer deutlicher zutage getreten. Die USA äusserten angesichts der grassierenden Korruption und der immer prekärer werdenden Sicherheitslage ihre Zweifel an Karzais Fähigkeiten als Regierungschef öffentlich. Aussenministerin Hillary Clinton nannte Afghanistan kürzlich einen Drogen-Staat. Mit der Ankündigung Holbrookes, Karzai in die Strategie-

gespräche einzubeziehen, signalisieren die USA dem angeschlagenen Regierungschef nun, dass Washington immer noch bereit ist, ihn zu unterstützen.

## Ein Affront für Karzai

Karzai hatte seinerseits in letzter Zeit immer öfter Kritik an den USA geäussert. Am vergangenen Freitag kritisierte er in einem Interview mit dem TV-Sender Al-Jazira das Vorgehen der US-Streitkräfte in Afghanistan scharf. Er verwies auch darauf, dass er fast vier Wochen nach dem Amtsantritt von Barack Obama

noch nicht mit diesem gesprochen habe. Dies wertete Karzai offenbar als Affront.

Die Überprüfung der Strategie im Kampf gegen den Terror, die US-Präsident Obama schon vergangene Woche angekündigt hatte, soll militärische und zivile Aspekte des amerikanischen Engagements in der Region umfassen. Holbrooke machte in Kabul deutlich, wie hoch der Stellenwert eines stabilen Afghanistans für die USA sei. Zentral bei den Bemühungen der USA sei, «die gemeinsamen Anstrengungen in der Region zu verbessern», sagte er. Obama selbst hatte bekannt gegeben, er prüfe, weitere 30 000 Soldaten nach Afghanistan zu entsenden, was eine Verdoppelung der US-Truppen bedeuten würde.

Zudem soll laut Holbrooke die afghanische Armee künftig stärker in Planung und Ausführung von Angriffen der ausländischen Truppen auf Taliban-Stellungen einbezogen werden. Damit soll erreicht werden, dass weniger afghanische Zivilisten bei Angriffen sterben. Präsident Karzai begrüsst das. Denn die hohe Zahl ziviler Opfer bringt die Bevölkerung ganz besonders gegen die ausländischen Truppen auf- und Karzai in Bedrängnis.

## Waffen verschwunden

Das US-Verteidigungsministerium weiss nicht, wohin mehr als ein Drittel der an die afghanische Armee gelieferten Waffen gegangen sind. In einem am Freitag veröffentlichten Bericht des Rechnungshofes des Kongresses heisst es, das Pentagon habe wegen Nachlässigkeit und Personal-mangel versäumt, über den Verbleib von mehr als 87 000 Waffen Buch zu führen. Bei den Waffen handelt es sich unter anderem

um Sturmgewehre und Granatwerfer. Das Pentagon bestritt die Vorwürfe nicht, erklärte aber, die Versäumnisse seien inzwischen behoben. Es wird befürchtet, dass Waffen, über deren Verbleib nichts mehr bekannt ist, an die Taliban und an Al-Kaida verkauft wurden. Private Vertragsfirmen des Pentagons berichteten mehrmals, dass afghanische Sicherheitskräfte Waffen an feindliche Kämpfer verkauften. (bel)

## Parlament gegen Sondertribunal

**KENIA** Eine Gesetzesinitiative zur Einrichtung eines Tribunals, das über die Hintermänner der Gewaltakte vom vergangenen Jahr urteilen sollte, hat im Parlament nicht die nötige Zweidrittelmehrheit erreicht, obwohl sich Präsident Mwai Kibaki und sein ehemaliger Herausforderer, Premierminister Raila Odinga, für das Tribunal starkgemacht hatten.

Viele Abgeordnete haben offenbar gegen das Tribunal gestimmt, weil sie sich selbst und Parteifreunde schützen wollten. Andere trauen der kenianischen Justiz nicht und möchten die Verdächtigen vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag abgeurteilt sehen. Das ist nicht ausgeschlossen, denn der Richter Philip Waki, der eine Untersuchungskommission zu den Unruhen geführt hatte, hat vorgekehrt, dass die Namen der Hauptverdächtigen dem Den Haager Gericht übergeben werden, falls das Tribunal bis zum 1. März dieses Jahres nicht zustande gekommen ist. (jod)

# Streiten sich da die Gockel?

In Russland wird über ein Zerwürfnis zwischen **Medwedew und Putin** spekuliert

STEFAN SCHOLL, MOSKAU

Dmitri Medwedew drängt es in die Medien. In Zukunft will Russlands Präsident einmal im Monat in einem Fernsehinterview die Nation über die Lage im Lande informieren. «Es ist sehr wichtig, die Wahrheit zu sagen und über alle Schwierigkeiten zu sprechen», erklärte er bei seinem ersten Fernsehauftritt am Samstag.

Seine Worte klingen zwar eher banal, aber die Agentur Rosbalt bezeichnete sie als «weiteren Schritt zur öffentlichen Festigung der Position des Präsidenten». Eine Position, die bisher von der Allmacht Wladimir Putins überschattet wurde, dem Premier und politischen Ziehvater Medwedews.

Neun Monate nachdem Medwedew Putin als Staatschef beerbt hat, sammelt Russlands politische Szene plötzlich fleissig Hinweise für einen Machtkampf zwischen Pre-

mier und Präsident. Am vergangenen Donnerstag überraschte der im Exil lebende Oligarch Boris Beresowski in London mit einem Angriff auf Putin. «Putin und seine Clique haben sehr viel schmutziges Geld gemacht und versuchen, es weltweit zu investieren», erklärte er im TV-Sender Sky News. Das war die erste öffentliche Äusserung Beresowskis seit Monaten.

## «Langsamer als erwartet»

«In letzter Zeit gibt es Hinweise, die den Verdacht nähren, Putin und Medwedew hätten sich entzweit», sagt der russische Politologe Wladimir Pribylowski. «Offenbar setzt Beresowski seine letzten Koepen auf diesen möglichen Konflikt. Und auf einen Abstieg Putins.» Tatsächlich wird zwischen Putin und Medwedew nicht mehr einfache Harmonie demonstriert. Mitte Januar kritisierte Medwedew die Antikrisenpolitik des Kabinetts

Putin: «Geplante Massnahmen werden langsamer realisiert, als wir erwarten», sagte er, «und vor allem langsamer, als die Lage es erfordert.» Wenige Tage später bremsten Parlamentarier, die als Gefolgsleute von Medwedew gelten, in der Staatsduma einen verschärften Gesetzesentwurf zur Bekämpfung von Spionage und Vaterlandsverrat aus. Eingebbracht von Putins Regierung. Schon im Dezember hatte Medwedew Nikita Belych, einen liberalen Oppositionellen, zum neuen Gouverneur von Kirow vorgeschlagen – sehr zum Ärger Putins, der Belych nur eine äusserst ungnädige Audienz gewährte.

Ende Januar aber traf sich der Präsident gar mit dem Chefredaktor der oppositionellen «Nowaja Gaseta», um sein Beileid für den Tod des Rechtsanwalts Stanislaw Markelow und der Journalistin Anastasija Baburowa zu äussern,

# «Kampf mit verbundenen Augen»

Vor 20 Jahren **verliessen die Russen** Afghanistan

*Die Nato habe in Afghanistan viele Fehler der Sowjet-Armee wiederholt, sagt Viktor Korgun, Leiter der Afghanistan-Abteilung am Institut für Orientalistik der Russischen Akademie der Wissenschaften. Nur grosse internationale Anstrengung könne einen Frieden bringen.*

**«BUND»:** Es scheint, als stecke die Nato in Afghanistan in einer ähnlich ausweglosen Situation wie die Sowjetunion, die vor 20 Jahren aus Afghanistan abgezogen ist. Wurden die gleichen Fehler gemacht?

**VIKTOR KORGUN:** Die Situationen unterscheiden sich grundsätzlich. Der Krieg der Achtzigerjahre war das Spiegelbild der politischen und militärischen Konfrontation zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Welt. Heute sorgt sich der ganze Globus um den Konflikt. Viele Fehler wurden aber wiederholt. Sowohl die russischen Soldaten als auch jene der Nato kämpfen mit verbundenen Augen. Sie kennen Afghanistan nicht, weder seine Geschichte und die Traditionen noch den Islam. Ein weiterer Fehler: Wir haben auf die kommunistische Partei gesetzt, die nicht populär war. Jetzt setzt man Karzai und eine sehr schwache Regierung, die ohne Unterstützung im Land sind. Die USA wie auch wir damals setzen auf unzuverlässige Verbündete. Die USA haben begonnen, Warlords und Drogenbaronen zu helfen, Leuten, in deren Mentalität Demokratie nicht existiert. Sie interessieren nur Macht und Geld.

*Was wäre der Schlüssel zum Erfolg?*

Ganz allgemein gesagt, geht es darum, die Wirtschaft zu fördern, die Menschen zu ernähren und ihnen Arbeit zu geben. Die Arbeitslosigkeit liegt bei mindestens 40 Prozent, vor allem die Jungen sind betroffen. Sie schliessen sich den Taliban an. Nicht weil sie Karzai nicht mögen, sondern weil die Taliban bezahlen und sie ganz einfach ihre Familien ernähren müssen. Heute wird zwar Entwicklungshilfe geleistet, aber sie ist nicht effektiv und vor allem viel zu niedrig. Die USA geben an einem Tag für den Krieg 100 Millionen Dollar aus und 7 Millionen Dollar für den Wiederaufbau. Dieses Ungleichgewicht muss geändert werden.

*Halten Sie die von den USA geplante Truppenaufstockung demnach für falsch?*

Nein, das ist richtig, aber das verändert die Situation nicht radikal. 2007 war die militärische Präsenz der Taliban in 52 Prozent des afghanischen Territoriums spürbar. 2008 wuchs diese Zahl auf 72 Prozent an. Zudem gilt es nicht nur gegen die Taliban zu kämpfen. Die Taliban sind zwar die stärksten Widersacher Karzais, aber es gibt auch noch weitere Parteien, kriminelle Gruppen und Drogenbarone. Die einen kämpfen aus ideologischer Überzeugung, die anderen um ihr Territorium und ihre Macht.

*Russland scheint die Situation jedoch auch nutzen zu wollen, um seine Position in Zentralasien zu stärken?*

Moskau unternimmt entschiedene Schritte, um sich als Führungsmacht in Zentralasien zu präsentieren. Es hat seine Position dort in den Neunzigerjahren eingebüsst. Die USA nutzten dies aus und liessen den zentralasiatischen Staaten beträchtliche Wirtschaftshilfe zukommen. Nun versucht Moskau, die USA wieder aus der Region zu drängen.

*Im August sollen in Afghanistan Präsidentschaftswahlen stattfinden. Wer sollte aus Ihrer Sicht gewinnen?*

Ich würde Karzai wählen. Es gibt interessante alternative Figuren, aber die sind noch nicht bereit, an der Spitze des Staates zu stehen. Vor zwei Wochen reisten vier potenzielle Kandidaten nach Washington, um sich zu präsentieren.

*Sagten Sie nicht, Karzai sei ein schwacher Präsident?*

Ja, aber andere werden noch schwächer sein. Karzai hat nun bereits viel Erfahrung gewonnen und breite internationale Kontakte. Man muss ihm mehr helfen.

*Ist dieser Krieg gegen die Taliban denn überhaupt zu gewinnen, oder sollte man nicht den Dialog suchen?*

Man muss die Truppen der Nato aufstocken, um die Taliban maximal zu schwächen. Nur danach kann man Gespräche aufnehmen. Im Moment sind sie in einer starken Position und können Bedingungen stellen, die nicht annehmbar sind.

*Interview: Christian Weisflog, Moskau*

## KURZ

### Neuer Regierungschef

**SOMALIA** Das Übergangsparlament hat am Samstag der Ernennung von Omar Abdirashid Ali Sharmarke zum neuen Ministerpräsidenten zugestimmt. Mit 414 gegen neun Stimmen wurde der Sohn des 1969 ermordeten ersten zivilen Präsidenten des Landes als Regierungschef bestätigt, dies teilte das Uno-Büro für Somalia in Nairobi mit. Der neue somalische Präsident Sheik Sharif Ahmed hatte Sharmarke am Freitag nominiert. (dp)

### Gewalt von Neonazis

**DEUTSCHLAND** Neonazis haben mehrere Busse mit Leuten, die unterwegs zu der Grossdemonstration gegen Rechte in Dresden waren, überfallen und fünf Personen zum Teil schwer verletzt. Ein Opfer erlitt einen Schädelbruch und muss heute operiert werden. Mehrere Tausend Menschen nahmen an der Demonstration anlässlich des 64. Jahrestages der Zerstörung Dresdens teil. Ein überparteiliches Bündnis mit dem Namen «Geh Denken», wehrt sich dagegen, dass dieser Tag von Rechts-extremen vereinnahmt wird. 5000 Neonazis demonstrierten ebenfalls in Dresden. (ap)